

Erleben wir das Ende der Volksparteien?

Roland Sturm



Roland Sturm

Zusammenfassung

Alle Indikatoren deuten daraufhin, dass die traditionellen Volksparteien sich fundamental verändern. An die Stelle der Milieu- und Mitgliederorientierten Großparteien treten Dienstleister, deren primäres Ziel die kurzfristige Mobilisierung in Wahlzeiten ist.

1. Einleitung

Zu den publizistischen Standardklagen über den Zustand der deutschen Demokratie gehört die Befürchtung, dass die Volksparteien am Ende seien und mit ihrem Niedergang der demokratische Konsens in Deutschland zerfällt. Ob die hergebrachte Form der Volkspartei tatsächlich kausal für die Stärke oder Schwäche von Demokratien ist, ist eine weitergehende Frage, die hier nicht beantwortet werden soll. Ziel der folgenden Ausführungen ist es zunächst, Informationen an die Hand zu geben, inwiefern sich tatsächlich so etwas wie eine „Krise“ der Volksparteien nachweisen lässt.

Vermutungen in diese Richtung lassen sich in der politikwissenschaftlichen Forschung schon seit längerer Zeit (z.B. Wiesendahl 1992) immer wieder finden. So kommen Walter und Dürr (2000: 26) zu dem Schluss: „In ihren großen Zeiten waren die Parteien zuerst Ausdruck der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen, weltanschaulichen und geistigen Bedingungen, die ihnen zugrunde lagen, die Politiker wiederum ihrem jeweiligen Milieu zutiefst teilhaftig. [...] Damit ist es längst vorbei. Die Parteien haben sich in voller Fahrt entfernt von ihren Heimathäfen und sind irgendwo draußen auf dem aufgewühlten Meer des Wandels. Jetzt hakt der Kompaß, und selbst der Funkkontakt nach Hause funktioniert nur noch sporadisch. Reißt er gänzlich ab, sind sie verloren.“

In einem zweiten Schritt der Argumentation erfolgt ein kurzer Blick in die Zukunft. Im Mittelpunkt steht hier die politikwissenschaftliche Kontroverse zwischen den Anhängern der These des Niedergangs („party decline“) und den Verfechtern der These des Wandels der Volksparteien durch Anpassung („party

change“). Kurz vorangestellt wird den beiden Argumentationsschritten eine Definition des Wesenskerns einer Volkspartei.

2. Definition „Volkspartei“

Ausgangspunkt zahlreicher Versuche einer Bestimmung des Parteientypus „Volkspartei“ sind die Arbeiten Otto Kirchheimers (1965, 1969; ²1974). Kirchheimer argumentierte u.a., dass sich in den Massendemokratien der Nachkriegszeit die Massenintegrationsparteien grundlegend wandeln. Sie werden (organisatorisch) zu Volksparteien bzw. (ideologisch) zu „Allerweltparteien“ oder (im Bezug auf ihre Wählerschaft) zu „Catch-all-parties“. Die Volksparteien opfern den „Kitt“ der tiefen ideologischen Durchdringung ihrer Anhängerschaft. Sie erhoffen sich durch eine weiterreichende Ausstrahlung in die Wählerschaft hinein dauerhafte und größere politische Erfolge. Das primäre Interesse von Volksparteien verschiebt sich von der weltanschaulichen Überzeugungsarbeit hin zur Absicherung von Wahlerfolgen.

Catch-all-parties
von der
weltanschaulichen
Überzeugungsarbeit
zur Absicherung von
Wahlerfolgen

Im einzelnen bedeutet dies die grundsätzliche Anerkennung der vorgefundenen Gesellschaftsordnung als Bezugsrahmen parteipolitischer Programmatik und politischer Strategien. Weiterhin streben Volksparteien die Integration aller Klassen und Schichten auf der Mitglieder- und der Wählerebene an. Die „Aggregationsfähigkeit“ von Volksparteien wird zu einem Maßstab für ihre Erfolge. Das einzelne Parteimitglied, das sich an Parteiprogrammen mit spezifischen, vor allem aber auch wertebezogenen Aussagen orientieren möchte, findet nur noch sehr vage und interpretierbare Grundwerte seiner Partei vor. Diese sind vor allen Dingen so formuliert, dass sie mögliche Wahlerfolge auch bei nichtgebundenen Wählern nicht beeinträchtigen. Der Wahlerfolg ist für eine Volkspartei weit wichtiger als die Programmtreue.

Diese grundsätzliche Ausrichtung der Volksparteien ist aber nicht unproblematisch. Sozial völlig ungebundene Volksparteien gibt es in Deutschland nicht. Alle Volksparteien haben einen deutlichen Milieubezug und damit auch Grenzzlinien für Loyalitäten. Dieser Milieubezug wird auf der Wählerebene empirisch greifbar durch Stammwähler. Auf der Ebene der Parteimitgliedschaft sind es vor allem die Funktionäre auf der mittleren Ebene von Parteien, die von ihrer Partei sowohl die Repräsentation bestimmter gesellschaftlicher Interessen, als auch eine gewisse Programmtreue erwarten. Die ausschließliche Orientierung einer catch-all party am vermuteten Wählerwillen stößt so an Grenzen.

Stammwähler
Funktionäre

Wiesendahl (1992: 13) hat deshalb bezugnehmend auf Oberndörfer et al. festgestellt: „Das Strukturproblem der Volkspartei ist ihre politische Treulosigkeit. Sie setzt als Stammkapital auf die Loyalität ihrer Mitglieder und Kernwählerschichten, ohne mit dauerhafter integrativer Ansprache und klarer Interessenvertretung den expressiven Bedürfnissen und Identifikationswünschen der Stammklientel zu entsprechen. Volkspartei heißt in der Tendenz Milieu- und Stammklientelvernachlässigung zugunsten der ungebundenen Wechselwählergruppen aus den neuen Mittelschichten.“

Zur Lösung dieses Strukturproblems hilft es nur begrenzt, wenn die Volksparteien versuchen, Loyalitätsbindung zu ersetzen durch das Einrichten von Arbeitsgemeinschaften für junge, alte, Mittelständler, Frauen, Arbeitnehmer etc., die das Volk quasi parteiintern nachbilden. Das beste Beispiel hierfür ist die ehemalige „Arbeiterpartei“ SPD, die nach ihrer Wandlung zur Volkspartei eine „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ gründete. Ein organisatorisches Angebot erzeugt von sich aus aber noch keine Loyalität zu einer Volkspartei, zumal die andere Volkspartei das gleiche organisatorische Angebot macht.

Arbeitsgemeinschaften, die das Volk quasi parteiintern nachbilden

Was wissen wir im einzelnen über die Fähigkeit von Volksparteien, Mitglieder und Wähler an sich zu binden? Dieser Frage wird im folgenden anhand der Diskussion von Indikatoren für die Aggregationsfähigkeit von Volksparteien auf der Wählerebene, auf der Ebene der Milieubindung und im Bezug auf Wahlentscheidungen nachgegangen.

3. Aggregationsfähigkeit auf Wählerebene

Ein erster Indikator für die Aggregationsfähigkeit der Volksparteien auf Wählerebene sind die kumulierten Stimmenanteile von Union und SPD bei den Bundestagswahlen. Hier lassen sich eindeutige Aussagen machen. Nimmt man die Wahl von 1949 aus, die in der Wahlforschung wegen der Vielzahl der im Bundestag vertretenen Parteien gemeinhin als „letzte Wahl von Weimar“ eingeordnet wird, stellen wir eine zunächst im Zeitverlauf zunehmende Bindekraft der Großparteien fest, insbesondere in den Zeiten des „Wahlwunders“ der 1950er und 1960er Jahre bis 1976. Mit „Wahlwunder“ (analog zum „Wirtschaftswunder“) ist das Vermeiden Weimarer Verhältnisse durch die Konzentration des Parteiensystems auf schließlich vier Parteien (CDU, CSU, SPD, FDP) gemeint. Seit 1980 nimmt die Bindekraft der Volksparteien kontinuierlich ab. 1980 sanken die kumulierten Stimmenanteile von Union und SPD unter 90%. 1990 fielen sie unter 80% und 2005 gar unter 70%. Den Volksparteien gelingt es also seit 1980 immer weniger, die Wähler für sich zu mobilisieren.

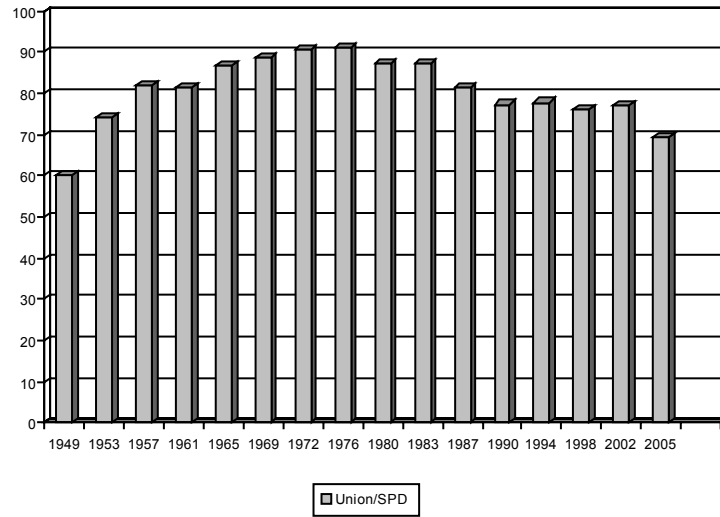
Wahlwunder

Wo gingen die Wähler der Volksparteien hin? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten: zu anderen Parteien oder sie enthielten sich bei Wahlen, wurden also Nichtwähler. Zwar beobachten wir in Deutschland eine zunehmende Fragmentierung des Parteiensystems durch das Entstehen zahlreicher Kleinparteien (Jun et al. 2006) und das Aufkommen neuer Parteien im Bundestag (Bündnis 90/Die Grünen und PDS bzw. Linke). Gleichzeitig geht aber dennoch die Wahlbeteiligung zurück. 1990 sank die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen unter 80%, 2005 erreichte sie 77,7 %. Die nachlassende Bindekraft der Großparteien auf der Wählerebene wird also nicht durch die Bindekraft neuer Parteien kompensiert, sondern erhöht die Zahl der Nichtwähler.

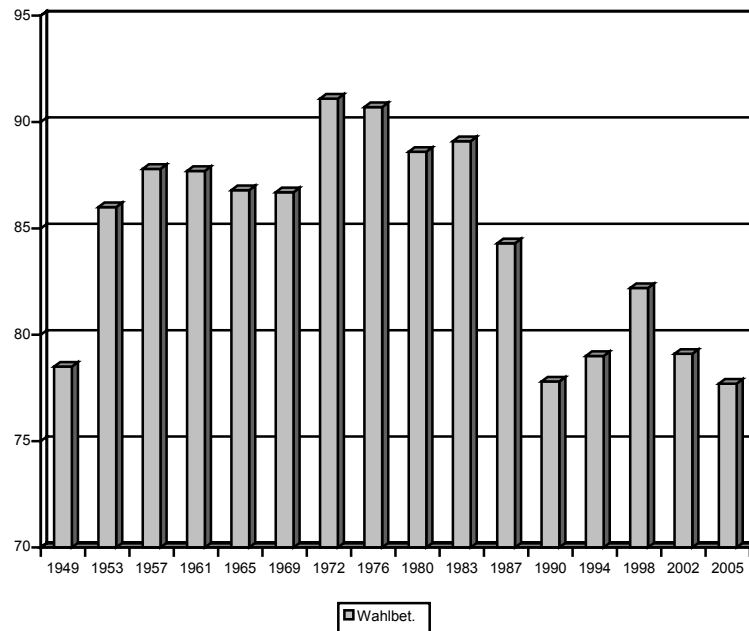
Nichtwähler

Wahlbeteiligung

Grafik 1: Indikator Aggregationsfähigkeit: Wählerebene (Stimmenanteile bei Bundestagswahlen 1949-2005)



Grafik 2: Indikator Aggregationsfähigkeit: Wählerebene (Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 1949-2005)



Heinrich Oberreuter (2007: 21) hat in einer erhellenden Zusammenschau (Tabelle 1) im Zeitverlauf die nachlassende Aggregationsfähigkeit der Volksparteien im Hinblick auf die Entwicklung der Wahlbeteiligung und der kumulierten Stimmenanteile von Union und SPD bei Bundestagswahlen verdeutlicht. Bemerkenswert ist, dass bei Berücksichtigung der zurückgehenden Wahlbeteiligung, also bei der Umrechnung des Wahlergebnisses auf die Zahl der Wahlberechtigten, sowohl Union als auch SPD nur noch von unter 30% der Wahlberechtigten gewählt werden und nur noch knapp über die Hälfte der Wahlberechtigten (53%) im Jahre 2005 bereit waren, eine Volkspartei zu wählen (im Vergleich zu 82,1% im Jahre 1976).

Tabelle 1: Indikator Aggregationsfähigkeit: Wählerebene (Vergleich BTW 1976 und BTW 2005)

BTW		1976 %	2005 %
Wahlbeteiligung		90,7	77,7
Stimmanteile Union und SPD, Anteil Wahlbeteiligte		91,2	69,4
Anteil Wahlberechtigte	SPD	38,3	26,2
	Union	43,8	26,8
	Insges.	82,1	53,0

4. Milieubindung

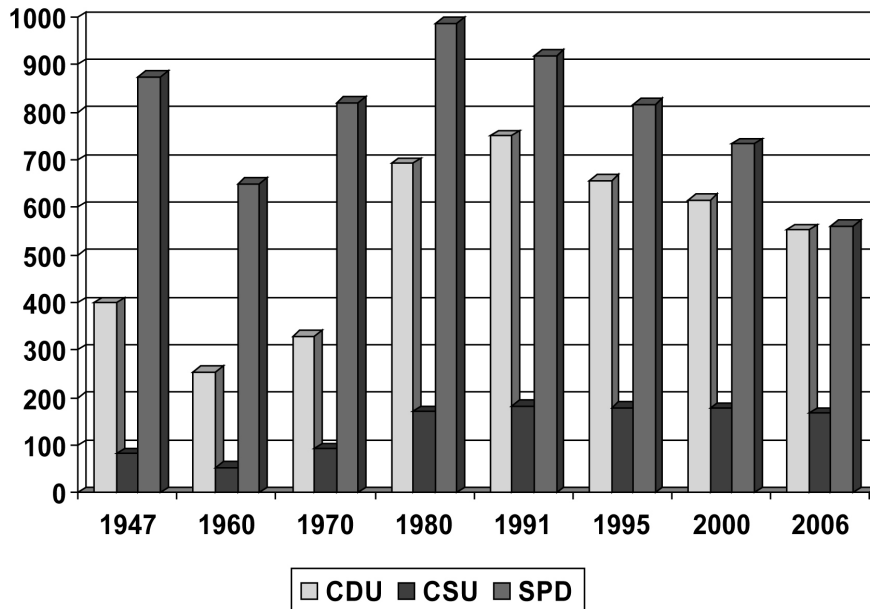
Ein erster grober Indikator für die Milieubindung von Parteimitgliedern ist die Mitgliederentwicklung. 2008 konnte der Generalsekretär der CDU, Roland Poffalla, berichten, dass seine Partei die SPD erstmals an Mitgliederstärke übertraf. Die bessere Formulierung wäre wahrscheinlich gewesen, dass die CDU-Anhänger ihre Partei etwas langsamer verlassen als die SPD-Anhänger. Denn die Parteimitgliedschaft verringert sich bei allen Volksparteien, wobei die CSU aufgrund ihrer vergleichsweise noch stärkeren Milieubindung Mitglieder etwas langsamer verliert (alle Daten im folgenden nach: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/AHOSZ11.pdf>).

Mitglieder-
entwicklung

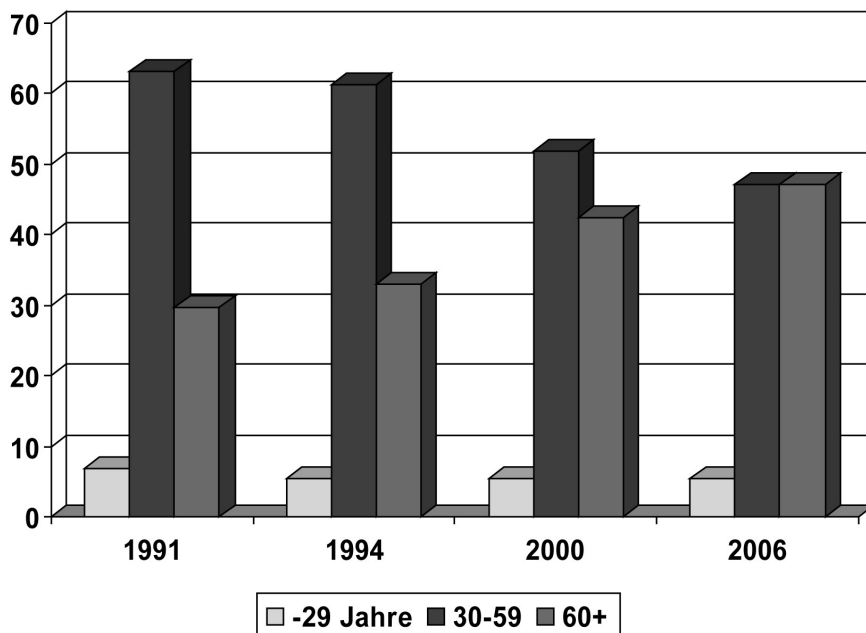
Diese Entwicklung gewinnt an Dramatik mit Blick auf die Zukunft der Volksparteien, wenn man die Entwicklung der Altersstruktur der Parteimitgliedschaft näher betrachtet. Bei allen drei Volksparteien CDU, CSU und SPD schwindet in der Mitgliedschaft das Gewicht der mittleren Generationen, der 30-60 jährigen. Dies geschieht in einem Tempo, das nicht der demographischen Entwicklung alleine geschuldet sein kann. Die Gesellschaft mag zwar immer älter werden, aber noch schneller altern die Parteien und noch schneller entfernen sie sich in ihrer Mitgliedschaft von den beruflich aktiven Bürgern. Auch die Bereitschaft der unter 30-jährigen sich parteipolitisch zu engagieren wird geringer. Den Volksparteien gehen nicht nur in zunehmendem Maße Mitglieder verloren, die verbliebenen sind auch immer weniger ein Spiegelbild der Wünsche und Erwartungen der Gesellschaft.

Altersstruktur

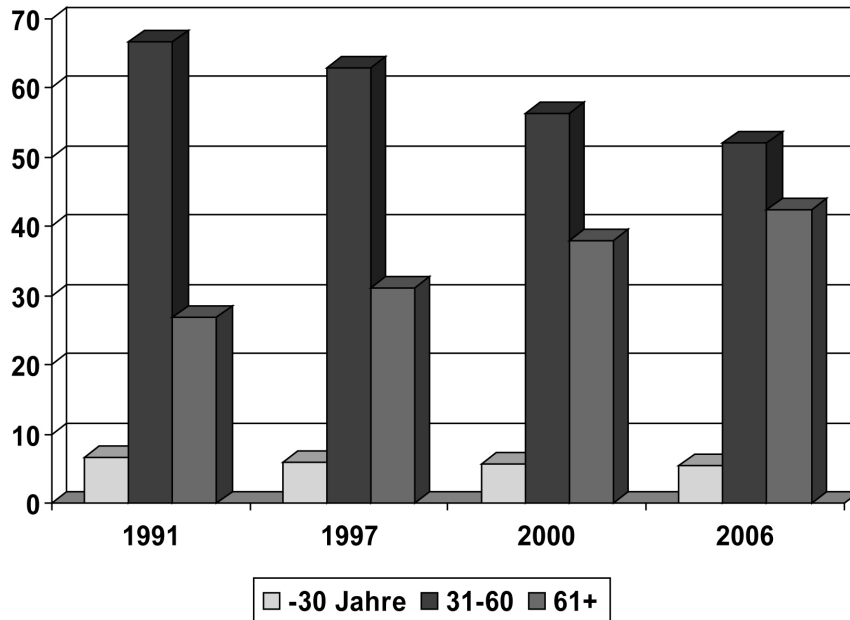
Grafik 3: Indikator Milieubindung (Mitgliederentwicklung, in Tsd.)



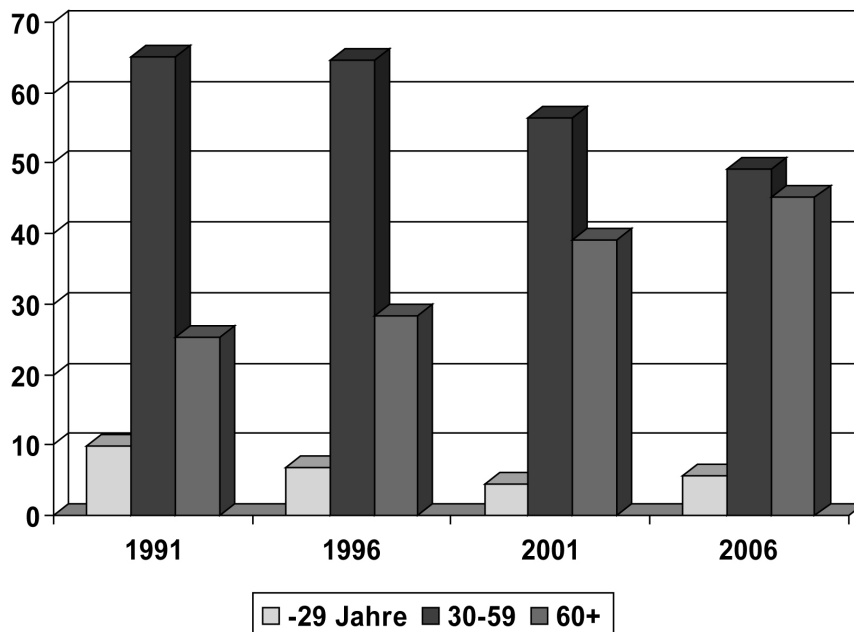
Grafik 4: Indikator Milieubindung (Altersstruktur der Mitglieder: CDU) (mögliches Eintrittsalter 16 Jahre)



Grafik 5: Indikator Milieubindung (Altersstruktur der Mitglieder: CSU)
(mögliches Eintrittsalter 16 Jahre)



Grafik 6: Indikator Milieubindung (Altersstruktur der Mitglieder: SPD)
(mögliches Eintrittsalter seit 1998: 14 Jahre)

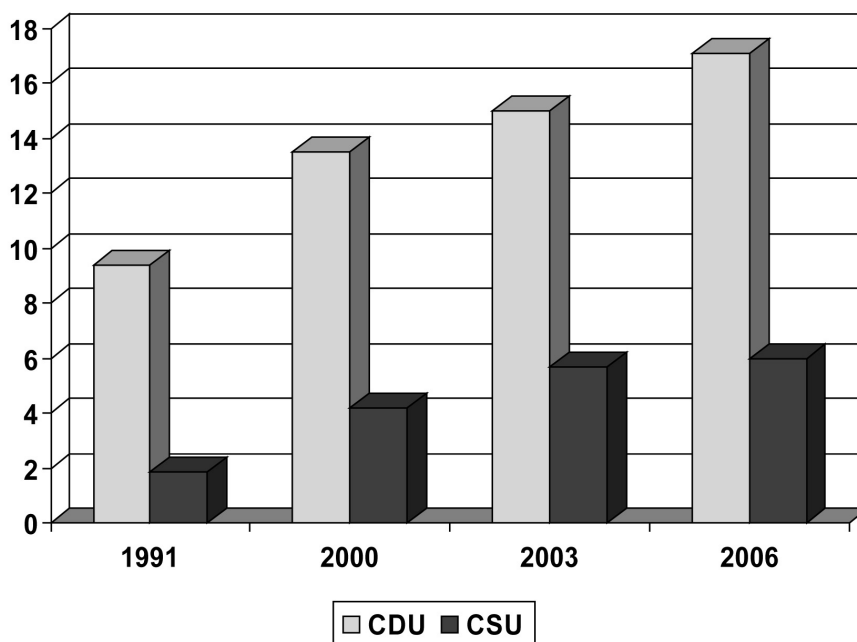


konfessionelle
Bindung
Berufsstruktur
motivationale
Bindung

Zum besseren Verständnis der Entwicklung der Milieubindung von Parteimitgliedern sollen im folgenden drei weitere Dimensionen ausgeleuchtet werden. Zum einen die konfessionelle Bindung von Parteimitgliedern. Hier können nur Daten zur CDU und zur CSU diskutiert werden, weil die SPD entsprechende Daten nicht erhebt; des weiteren zur Berufsstruktur der Parteimitgliedschaft und schließlich zur motivationalen Bindung, wie sie sich als Beitrittsmotiv bei neuen Parteimitgliedern abzeichnet.

Betrachtet man die Gruppe der Konfessionslosen in der Mitgliedschaft der christlichen Volksparteien, so wird deutlich, dass deren Zahl sich über die letzten 15 Jahre verdoppelt hat. Es ist zu vermuten, dass sich die nachlassende Kirchenbindung der Unionsmitglieder noch deutlicher abbilden ließe, würde man statt der formalen Zugehörigkeit zu einer christlichen Kirche die Kirchgangshäufigkeit in Betracht ziehen. Das „C“ wird für die Wahl der Unionsparteien also immer weniger wichtig, ganz im Sinne der von den Volksparteiverfechtern gepriesenen programmatischen Öffnung, aber – wie dargestellt - nicht begleitet von den positiven Wirkungen für die Entwicklung der Parteimitgliedschaft, die von dieser Öffnung erwartet werden.

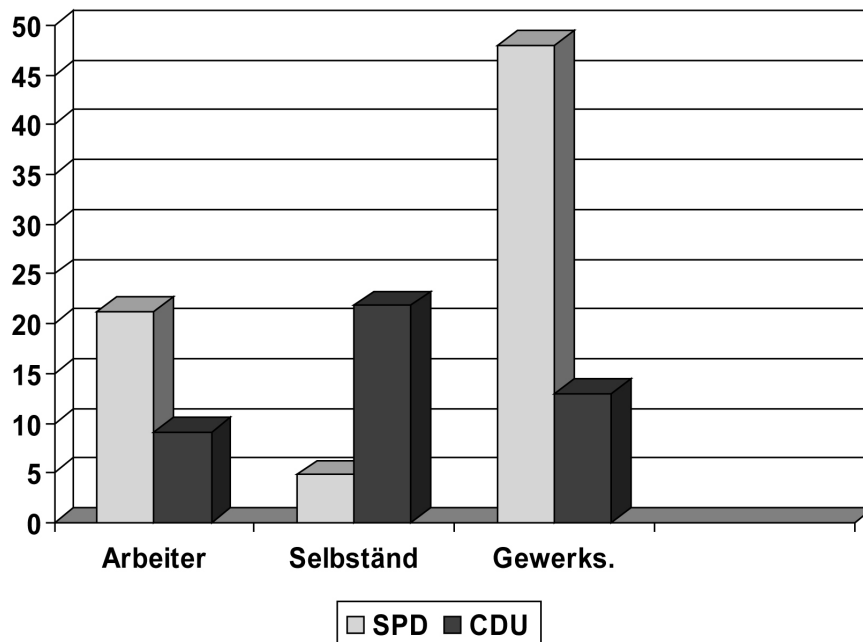
Grafik 7: Indikator Milieubindung (Christliche Konfession: Konfessionslose u.a. unter den Parteimitgliedern in %), die SPD erhebt diese Daten nicht



Im Hinblick auf die Entwicklung der Berufsstruktur von Parteimitgliedern sollen hier einige Hinweise genügen. Denn die Ergebnisse der Betrachtung der vorliegenden Daten entsprechen den allgemeinen Erwartungen (vgl. Rudzio 2006: 155 und Biehl 2005: 283). Die SPD hat einen größeren Arbeiter- und

Gewerkschaftsmitgliederanteil als die CDU. Letztere organisiert in höherem Maße als die SPD Selbständige. Bemerkenswert ist allenfalls, dass schon vor zehn Jahren die typische „Klientel“ der jeweiligen Volkspartei (Arbeiter in der SPD und Selbständige in der CDU) gerade noch ca. ein Fünftel der Parteimitglieder ausmachte. 2005 wählten 60% der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindung SPD, 75% der Katholiken mit Kirchenbindung CDU/CSU. Das waren aber nur noch wenig mehr als 10% der Gesamtwählerschaft der drei Volksparteien. Auch hier wird wieder die gelungene soziale Öffnung der Volksparteien deutlich, die allerdings von den Volksparteien nicht selbst herbeigeführt wurde, sondern sich eher dem sozialen Wandel verdankt, der sich in Deutschland in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat.

Grafik 8: Indikator Milieubindung (Berufsstruktur, SPD 1999, CDU 1998 und Gewerkschaftsbindung der Parteimitglieder 1998 in %)



Die spannende Frage ist, ob der Verlust sozialstruktureller Bindungen von Mitgliedern an Volksparteien aufgefangen werden kann durch eine „instrumentelle“ Bindung im Sinne von rationalen Wahlentscheidungen neuer Parteimitglieder. Die durch individuelle Motivlagen gesteuerte Präferenzbildung könnte für Parteimitglieder ja einen Ersatz für ihre eher emotional gefärbte Milieubindung bieten. Sie könnte die Parteiorganisationen am Leben halten und den Mitgliederschwund bei den Volksparteien bremsen.

rationale Wahlentscheidungen neuer Parteimitglieder

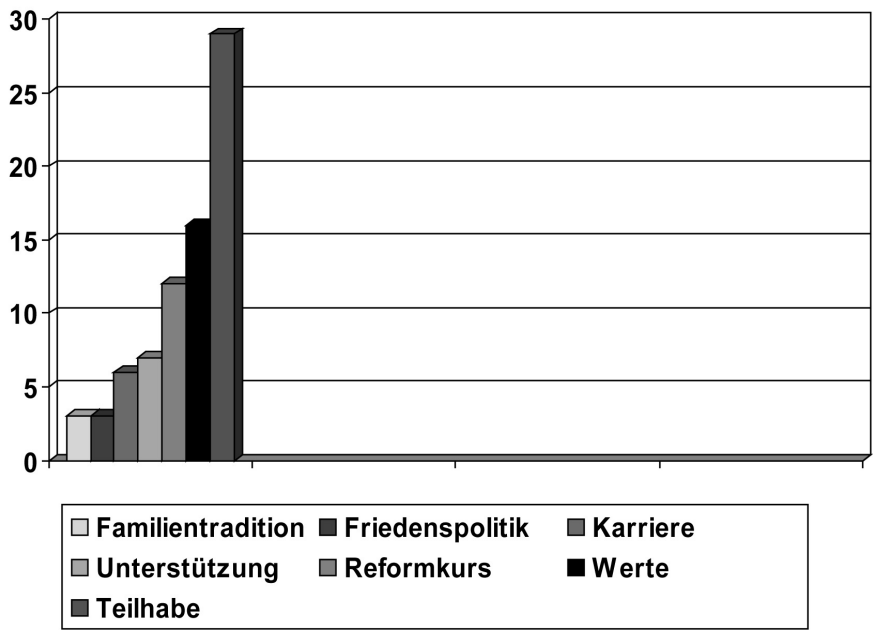
Everhard Holtmann (2006: 226ff.), beispielsweise, argumentiert, gestützt auf die Potsdamer Parteimitgliederstudie von 1998 und eine parteiinterne Umfrage der SPD vom September 2004, dass die „ideelle Partizipation“, also Wert-

Wertorientierungen
und
Politikpräferenzen

orientierungen und Politikpräferenzen, die Mitglieder der Volkspartei SPD wesentlich prägen. Grafik 9 gibt einen Einblick in die Befunde zur Motivlage der neuen Parteimitglieder in der SPD. Fünf Prozent der Befragten gaben auf die Frage „welcher Grund war letzten Endes ausschlaggebend für die Mitgliedschaft in der SPD?“ an, dass sie sich für eine Funktion in der Partei qualifizieren wollten (Karriere), aber 29% sagten, „sie wollten politisch teilhaben und mitwirken können“ (Teilhabe). Unter anderem hieraus wurde von Interpreten der Studie geschlossen, das dominierende Motiv für die Bindung an die SPD sei der Wunsch, aktiv an der Gestaltung von Politik mitzuwirken. Ob die Erkenntnisse einer Studie reichen, dies zu belegen, ist fraglich. Vor allem aber lässt sich trefflich bereits über die Interpretation der beiden zitierten Antworten streiten.

Ist es wirklich zulässig, diese Aussagen in ihrem Wahrheitsgehalt gleich zu werten und wörtlich zu nehmen? Zyniker würden wohl argumentieren, dass gerade ein Karrierist, wenn er nach seinen Motiven für einen Parteibeitritt gefragt wird, wenig Skrupel haben dürfte, sich zu Teilhabe und Mitwirkung als Fassade bekennen wird. Das heißt aber auch, die Befunde im Hinblick auf eine Alternative zur Milieubindung für Volksparteien, etwa „ideelle Parteibindung“, sind eher dürftig und selbst bei optimistischer Interpretation bisher nur punktuell nachweisbar.

Grafik 9: Indikator Milieubindung: das „neue Parteimitglied“ (Politik als Karriere)? (SPD-Befragung der Neumitglieder 2004)



5. Wahlentscheidungen

Im Hinblick auf die Verbindlichkeit einer volksparteilichen Orientierung für Wahlentscheidungen sollen hier zwei Indikatoren näher betrachtet werden: Die Parteiidentifikation und die den Volksparteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz. In der Forschung besteht Einigkeit, dass die Parteiidentifikation in westlichen Demokratien schon seit Jahrzehnten an sich abnimmt, aber auch da wo sie weiterhin vorhanden ist, an Intensität verliert („dealignment“). Die Zahl derjenigen, die sich mit keiner Partei identifizieren, wächst auch in Deutschland, wie der Continuity Guide der deutschen nationalen Wahlstudien belegt.

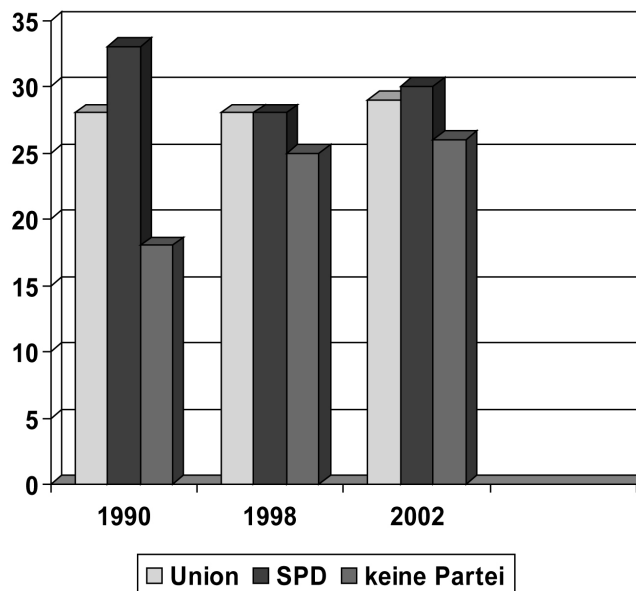
Parteiidentifikation

zugeschriebene Problemlösungskompetenz

Selbst wenn es stimmen sollte, dass das Abschmelzen der Parteiidentifikation in Deutschland nahezu zum Stillstand gekommen ist (Holtmann 2005: 218), bleibt festzuhalten, dass maximal ein Viertel der Wähler auf diese Weise an eine Volkspartei gebunden ist. Die Wechselwähler, immer mehr auch die sich spät entscheidenden Wechselwähler, bestimmen den politischen Konkurrenzkampf und damit Strategien und Themen der Politik. Auch wenn von den Volksparteien die Mobilisierung von Stammwählern nicht vernachlässigt werden kann, ist mit den Stammwählern alleine keine Wahl mehr zu gewinnen. Das Dilemma wurde oben schon benannt: Das Volksparteikonzept lebt von der Forderung nach dem volatilen Wahlverhalten, aber die Volkspartei deutschen Typs leidet darunter.

Wechselwähler bestimmen den politischen Konkurrenzkampf

Grafik 10: Indikatoren mit Bezug zur Wahlentscheidung (Parteiidentifikation in %, Befragungen im Rahmen der deutschen nationalen Wahlstudien)

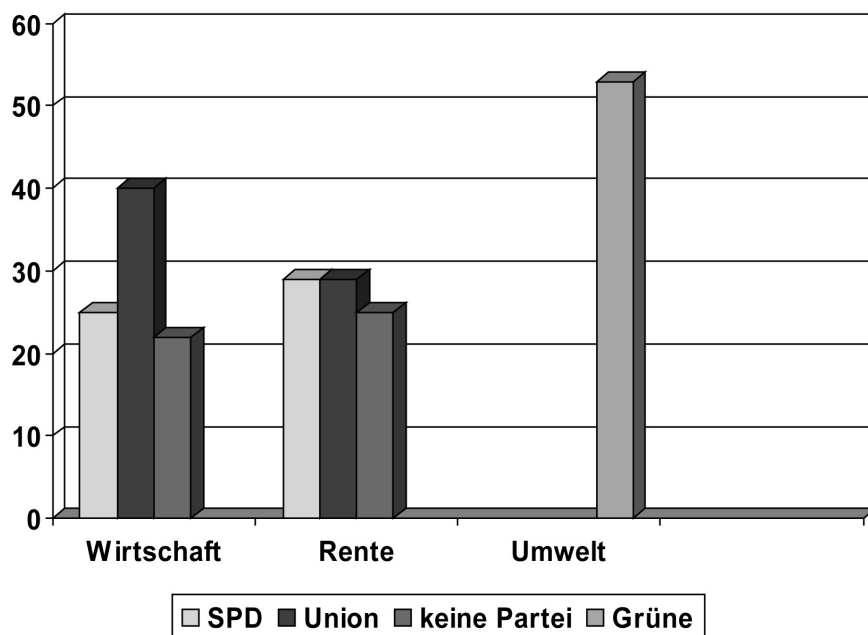


Kann eine Parteibindung der Wähler bezogen auf Themen, v.a. bezogen auf eine vermutete Problemlösungskompetenz auf bestimmten Themenfeldern, Ersatz für

affektive Bindungen der Wähler bei Wahlentscheidungen an eine Volkspartei schaffen? Zum Teil scheint dies der Fall zu sein, aber mit ungewissem Ausgang, nicht auf allen Politikfeldern und wegen Themenkonjunkturen und des raschen Wandels der Substanz komplexer Politikfelder nicht immer auf Dauer.

So konnte die Wirtschaftskompetenz, die in der Regel der Union zugeschrieben wurde, Gerhard Schröder (SPD) 2002 dem CDU-Kanzler Helmut Kohl entringen, wenn auch der CDU als Partei nur zeitweise. In der Sozialpolitik gibt es eine generelle Kompetenzvermutung zugunsten der SPD, die dieser im Wahlkampf 2005 half. Aber auch die Union ist (Beispiel Rente) bei Momentaufnahmen nicht so weit entfernt von der der SPD zugesprochenen Kompetenzvermutung in der Sozialpolitik. Eine gewisse Ausnahme im Reigen der Kompetenzzuschreibungen an Parteien bildet die eindeutige und konstante Kompetenzvermutung in der Wählerschaft bei Fragen der Umweltpolitik zugunsten der Grünen.

Grafik 11: Indikatoren mit Bezug zur Wahlentscheidung (Problemlösungskompetenz in %), Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zur BTW 2005, sowie Allensbach zu den Grünen.



6. Parteienwandel oder Parteienkrise?

Soviel scheint sicher, die Volksparteien alten Typs mit hoher Bindungskraft für Wähler und Mitglieder gibt es nicht mehr. Ihre sozialstrukturelle Verankerung erodiert, alte Milieus verschwinden, neue instabilere sind parteifern. Damit ist

der Parteientypus „Volkspartei“ in der Tat in eine Krise geraten. Dies ist aber nicht gleichzusetzen mit einer allgemeinen Parteienkrise. Zum einen hat sich bisher keine gesellschaftliche Vermittlungsinstanz gefunden, die die vielfältigen Funktionen von Parteien übernehmen kann, selbst wenn diese sich nicht immer bewähren sollten.

Konkret bezogen auf die Volksparteien bleibt festzuhalten, dass sie auch mit weniger Mitglieder funktionieren können und dass es sich auch bei noch weit geringerer Wahlbeteiligung (siehe USA, Schweiz) legal ohnehin, aber auch legitim regieren lässt. Hinzu kommt, dass das Verschwinden langfristiger Bindungen an die Volksparteien nicht bedeutet, dass es keine kurzfristigen Bindungen mit ebenfalls wichtigem politischen Gewicht geben kann, zumal es sich hier auch häufig um neue Formen politischer Partizipation handelt (z.B. Internet).

neue Formen
politischer
Partizipation

Trotz der unbestreitbar zunehmenden Distanz von Parteien und Wählern wäre es deshalb verfehlt, pauschal von einer Parteienkrise zu reden. Wir beobachten allerdings einen Parteienwandel, der durchaus auch das Ende der Volksparteien im deutschen Sinne, also von Großparteien, die dauerhaft politische Heimat sind, bedeuten kann. Was lehrt uns ein Blick in die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft? Was werden die wichtigsten Merkmale der neuen „Volksparteien“ mit „Milieu- und Parteiorganisationsresten“ sein?

1. *Die neuen Volksparteien sind Output-orientiert.* Das heißt politische Bindung soll erreicht werden durch die Umsetzung des vermuteten Wählerwillens, wie er sich in Meinungsumfragen niederschlägt. Der Wertebezug einer solchen Partei muss flexibel und unbestimmt genug sein, um auch kurzfristige Themenkonjunkturen legitimatorisch begleiten zu können. Die Politik sieht den Wähler als Konsumenten, der die Ware (Programmangebot) vorfinden muss, die er nachfragt. Da der zunehmend vorherrschende Wählertypus der Wechselwähler oder gar der last minute-Wähler ist, ist es sehr leicht, bei schwerfälligem politischem Reagieren oder vorschneller politischer Festlegung Wählerstimmen zu verlieren. Politik muss durch inhaltliche Angebote, aber auch durch deren überzeugende Präsentation kurzfristige Bindewirkung erzeugen.
2. *Die Parteimitgliedschaft verliert weiterhin an Bedeutung.* Die Mobilisierung für die Partei kommt weitgehend ohne Mobilisierung von Sozialmilieus aus und auch ohne die Dienstleister für Wahlkämpfe vor Ort. Die direkte Ansprache einer großen Zahl von Menschen über die Medien ist für die neue Volkspartei schneller, effektiver und flexibler als das Kleben von Plakaten oder der Streit am Stammtisch. Es bleibt als Strukturproblem der deutschen Demokratie aber der Umstand erhalten, dass mit einem Ausdünnen der Parteimitgliedschaft immer weniger Bürger an der letztendlich entscheidenden Auswahl der Kandidaten für politische Ämter und damit des politischen Führungspersonals beteiligt sind.
3. *Der Weg über die Medien trägt zur verstärkten Personalisierung von Politik bei und rückt Inhalte gegenüber der Darstellung von Politik weiter in den Hintergrund.* Er bestärkt auch den „Drang zur Mitte“, sowie die weltanschauliche Beliebtheit der politischen Auseinandersetzungen.
4. *Die Mechanismen der Medienwelt sind selbst nicht unproblematisch.* Medien transportieren nicht nur Inhalte, sie können auch selbst zu einem strategi-

schen Instrument gemacht werden. Das „Management der öffentlichen Meinung“, wie dies häufig euphorisch genannt wird, durch die Parteizentralen der neuen Volksparteien mit dem Ziel, die Arbeit der Partei in möglichst günstigem Licht dazustellen, ist nichts anderes als die hohe Kunst der Manipulation.

5. *Fehlen Parteien die Mitglieder, fehlen ihnen auch deren Mitgliedsbeiträge* und dies bei, nicht zuletzt wegen der Zwänge der Politikdarstellung, beispielsweise in den Medien, immer höheren Kosten der Politik. Ihre Finanzklemme macht Parteien geneigt, Steuergelder in Parteienfinanzierung umzuwidmen. Parteiintern werden alle Amtsträger mit als freiwillig getarnten Zwangsabgaben („Parteisteuern“) zur Parteienfinanzierung herangezogen.
6. *Schließlich reduziert die Bindungslosigkeit der Volksparteien Hürden für Berufspolitiker.* Wird Präsenz in der Parteiorganisation wichtiger als Zustimmung zu einer Weltsicht, ist der Berufspolitiker dem gesellschaftlich engagierten Freizeitpolitiker weit überlegen. Wenn es in erster Linie darum geht (gleich mit welchem Programm) Wahlen zu gewinnen, geht es logischerweise im gleichen Atemzug darum, Ämter zu besetzen. Entsprechend verlaufen inzwischen Koalitionsverhandlungen: Erst die Ämter, dann die Inhalte. Nicht nur die „Angebotsseite“, also die neue Volkspartei, begünstigt den Berufspolitiker. Dies gilt auch für die Nachfrageseite. Die Zahl derjenigen Amtsträger wächst, die beruflich auf nichts als eine Parteikarriere zurückblicken können.

Die neuen Volksparteien sind also weit weniger als die alten gesellschaftlich verankert und treten dem Wähler als politische Dienstleister gegenüber.

Literatur

- Biehl, Heiko (2005): *Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation*, Wiesbaden.
- Holtmann, Everhard (2005): *Repräsentation des Volkes durch Volksparteien? Nach wie vor ein hohes Maß an Parteiidentifikation*, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.): *Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen*, Wiesbaden, S. 211-233.
- Jun, Uwe/Kreikenbom, Henry/Neu, Viola (Hrsg.) (2006): *Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft*, Frankfurt am Main/ New York
- Kirchheimer, Otto (1965): *Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 6, S. 20-41.
- Kirchheimer, Otto (1969): *Parteienstruktur und Massendemokratie in Europa*, in: Gilbert Ziebur (Hrsg.): *Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre*, Darmstadt, S. 288-318.
- Kirchheimer, Otto (1974): *Der Weg zur Allerweltpartei*, in: Kurt Lenk/Franz Neumann (Hrsg.): *Theorie und Soziologie der politischen Parteien*, Darmstadt/ Neuwied, S. 113-137.
- Oberreuter, Heinrich (2007): *Haben die Volksparteien Zukunft?*, in: *Politische Studien* 414 (58), S. 19-29.
- Rudzio, Wolfgang (2006): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden.
- Walter, Franz/Dürr Tobias (2000): *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verliert*, Berlin.
- Wiesendahl, Elmar (1992): *Volksparteien im Abstieg*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34-35, S. 3-13.